



Landesbischof Dr. h.c. Frank O. July
Evang. Oberkirchenrat
Gänsheidestraße 4
70184 Stuttgart

Kirchstraße 29
73092 Heiningen
Tel. 07161/49026
Fax. 07161/41011

Bankverbindung:
Volksbank Göppingen
BLZ 610 605 00
Konto-Nr. 500 306 001

18. Mai 2020

Offener Brief zur Erklärung der Patriarchen und Oberhäupter der Kirchen des Heiligen Landes zu den einseitigen israelischen Annexionsplänen

Sehr geehrter Herr Landesbischof, lieber Herr July,

derzeit plant die neue israelische Regierung die Annexion wichtiger Teile des besetzten palästinensischen Westjordanlandes - ein schwerer Verstoß gegen das Völkerrecht, der die Situation zweier Völker mit ungleichen Rechten innerhalb eines Territoriums formalisieren soll.

56 ehemalige Mitglieder der Knesset, von denen einige Minister in verschiedenen israelischen Regierungen waren, haben kürzlich davor gewarnt, dass dadurch ein Apartheidstaat in Israel-Palästina entstehen würde.

Am 7. Mai 2020 haben die Leitungen der Kirchen des Heiligen Landes zu den israelischen Annexionsplänen Stellung genommen. Sie schreiben unter anderem:

„Der Rat der Patriarchen und Oberhäupter der Kirchen des Heiligen Landes sieht solche einseitigen Annexionspläne mit größter Sorge und fordert den Staat Israel auf, von solchen einseitigen Schritten Abstand zu nehmen, die den Verlust aller verbleibenden Hoffnung auf den Erfolg des Friedensprozesses bewirken würden. Der Rat fordert ferner die Vereinigten Staaten von Amerika, die Russische Föderation, die Europäische Union und die Vereinten Nationen auf, auf diese einseitigen Annexionspläne mit einer zeitlich begrenzten und schrittweisen Friedensinitiative im Einklang mit dem Völkerrecht und den diesbezüglichen Resolutionen der Vereinten Nationen zu reagieren, um einen umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden in diesem Teil der Welt zu gewährleisten, der von den drei abrahamitischen Religionen als heilig betrachtet wird.“

Unsere Kirchengemeinde ist ökumenisch mit Geschwistern des YMCA Eastjerusalem verbunden. Auch sie sind in größter Sorge wegen der fortgesetzten Menschenrechtsverletzungen und Annexionspläne der Regierung des Staates Israel. Sie bitten uns um Beistand in Gebet und Gottesdienst sowie um politische Solidarität in Form von staatlichen Maßnahmen, die die israelische Regierung zur uneingeschränkten Anerkennung des Völkerrechts sowie menschenrechtlicher Standards bewegen.

Darum bitten wir nun Sie als Repräsentanten unserer Kirche, Ihre Stimme im politischen Raum klar und deutlich zu erheben, damit ein friedliches Abkommen zur Beendigung des jahrzehntelangen Konflikts im Heiligen Land doch noch möglich werden kann.

In Verbundenheit unseres Glaubens grüßen Sie herzlich,